

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/74

19. April 1977

Freundschaft mit Spanien

Ein demokratisches Spanien braucht die Hilfe der
Europäer

Von Bruno Friedrich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 1 und 2 / 41 Zeilen

Keine funktionierenden Anlagen?

Kernkraftwerke-Entsorgung bleibt noch lange Tages-
ordnungspunkt 1

Von Erwin Stahl MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Forschung und Technologie der
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Sicherheitschutz ist keine Privatangelegenheit

Verzichtserklärungen sollten künftig nicht mehr
möglich sein

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Seite 5 und 6 / 44 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach 126 00
Pressenhau 7, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 30-30
Telex: 08 98 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 6811
5300 Bonn-Bad Godesberg

Freundschaft mit Spanien

Ein demokratisches Spanien braucht die Hilfe der Europäer

Von Bruno Friedrich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Staatsbesuch des spanischen Königs Juan Carlos in der Bundesrepublik Deutschland ist aus mehrfacher Sicht ein außergewöhnliches Ereignis mit einer - wie wir hoffen - über die Tage des Aufenthaltes hinausgehenden Bedeutung.

Das spanische Volk und das deutsche Volk haben sich in ihrer Geschichte oft eng berührt - politisch aber, denken wir an Ortega y Gasset, auch geistig. Sie hegen füreinander Sympathie und Respekt. Es ist gut, daß diese über kritische Zeiten hinweg fest haltende Freundschaft durch den Besuch des Königspaares erneuert wird, und es ist zu wünschen, daß die Gäste aus Spanien die Wärme dieser Freundschaft spüren.

Der König kommt als ein Politiker, der noch vor eineinhalb Jahren mit einer eher kritisch distanzierteren Erwartung konfrontiert war, denn die Frage, ob es ihm gelingen werde, Spanien den Weg zur Demokratie und hin zum demokratischen Europa zu führen, ob Juan Carlos ein König aller Spanier nicht nur sein wollte, sondern auch tatsächlich dafür mit Entschiedenheit wirken werde, war in Spanien und in der Welt mit abwartenden Zweifeln versehen worden. Inzwischen hat sich in Spanien viel verändert, vor allem dank des für viele unerwarteten staatsmännli-

schen Mutes, dank der Klarheit, mit der dieser König in seinem Handeln das Gesteir hinter sich ließ, um für Spanien eine demokratische und damit europäische Zukunft anzusteuern.

Das Aufeinanderangewiesensein der demokratischen Europäer läßt uns heute, auch bei Besuchen der Staatsoberhäupter, unbefangener, als Protokollfragen es einst zuließen, über die wechselseitigen Probleme sprechen. Was wir uns vom spanischen König erhoffen, ist nach der Zusage der Parteien auch die volle Möglichkeit der gleichberechtigten Entfaltung aller der Demokratie verbundenen Kräfte, auch der freien Entfaltung der Gewerkschaften, weil eine freie Arbeiterbewegung zum freien Europa gehört.

Spanien hat noch immer einen schweren Weg vor sich. Nach der demokratischen Verfassungsfindung sind komplizierte regionale, wirtschaftliche und soziale Prozesse in einem strukturell unausgeglichener Land zu bewältigen, die wohl schwierigste Aufgabe auch für den König.

Ein demokratisches Spanien muß dabei auf die Unterstützung und Hilfe der Europäischen Gemeinschaft, und damit auch der Bundesrepublik, zählen können. Hier müssen wir inmitten eigener Probleme das größere Ziel des politisch vereinigten Europas sehen. Spanien wird in ihm einen hervorragenden Platz einnehmen.

(-/19.4.1977/vb-he/lo)

+ + +

Keine funktionierenden Anlagen? -----

Kernkraftwerke-Entsorgung bleibt noch lange Tagesordnungspunkt 1

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Forschung und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion

In letzter Zeit ist des öfteren über die Arbeit von Wiederaufbereitungsanlagen für Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren mit unterschiedlichen Akzenten geschrieben worden. Dabei wurde ausgesagt, daß es nirgendwo in der Welt funktionierende Anlagen gibt.

Diese Behauptungen bedürfen einer gewissen Korrektur. Tatsache ist jedenfalls, daß von bisher insgesamt aus deutschen Reaktoren entladenen 460 Tonnen verbrauchter Brennelemente, davon 115 Tonnen im letzten Jahr, etwa rund 100 Tonnen wiederaufgearbeitet wurden, davon 60 Prozent in der Anlage von Karlsruhe. Weitere 184 Tonnen sind von verschiedenen Wiederaufbereitungsanlagen übernommen worden, der Rest lagert in den Kernkraftwerken. Das heißt also, daß rund 30 Prozent der infragekommenden abgebrannten Brennelemente aus unseren Reaktoren verarbeitet wurden. Es ist wohl einsichtig, und auch den kritischen Stimmen wohl einleuchtend, daß Versuchsanlagen möglichst nicht laufend arbeiten sollen, um Verbesserungen und Änderungen aufgrund von Erkenntnissen aus dem Betriebsablauf sofort in die Praxis umzusetzen. Eine Versuchsanlage soll und muß auf die Übertragung gewonnener Erfahrungen aus sein. Daß hierbei wie in den USA beim Umbau der Anlage in West Vally, New York, verschärfte Sicherheitsauflagen gemacht wurden - die Kapazität sollte dort von 300 Tonnen auf 800 Tonnen pro Jahr erhöht werden - und daß die Anlage mit diesen Auflagen unwirtschaftlich wurde, ist kein absoluter Maßstab des Versagens dieser Technik.

Verschiedene Aussagen zum Betrieb der französischen Anlage in Cap La Hague sind ebenfalls infrage zu stellen, da die Kommentatoren von verschiedenen Standpunkten ausgingen. Diese Anlage wird nach Durchsatz von 2.500 Tonnen Abbrand aus Gas - Graphit-Reaktoren, 1974 640 Tonnen, mit metallischem Brennstoff - nach der Entscheidung, in Frankreich nur nach

Leichtwasserreaktoren zu bauen, durch Umbau an die Verhältnisse der neuen Technologie der Aufbereitung angepaßt.

Der Ausbau der zusätzlichen Einrichtungen zur Lagerung und Auslösung der Brennelemente sowie eine hochaktive Extraktionsstufe zu installieren, kostet Zeit. Ein Probetrieb der Zusatzanlage hatte in einem Drei-Wochen-Test 15 Tonnen Brennstoffdurchsatz des schweizerischen Reaktors Mühlberg, fast vergleichbar mit unseren Abbränden. Der weitere Test im Herbst 1976 konnte wegen eines Streiks nicht vorgenommen werden. Die Ursachen des Streiks waren weder technische noch Sicherheitsfragen, es waren personalpolitische Probleme, die bei der Überführung der Anlage von einer staatlichen Gesellschaft zur anderen auftraten. Die erheblichen Erfahrungen des großtechnischen Einsatzes nach der alten Verfahrensweise können übernommen werden. Darüber hinaus soll der Standort von La Hague um eine neue Anlage von 1.600 Tonnen Kapazität bis 1985 erweitert werden.

Es bedarf wohl keiner Frage, daß die Wiederaufbereitung auch bei uns an sich nie eine wirtschaftlich lohnende Unternehmung sein soll, sie muß als Teil des infrage stehenden geplanten Gesamtkonzepts der Entsorgung von Kernkraftwerken gesehen werden und in die Kostenkalkulation der Betreiber von Leichtwasserreaktoren eingehen.

Die Planung des Entsorgungszentrums für die Bundesrepublik ist unabhängig vom Standort fertig, die Sicherheitsgutachten von den zuständigen Stellen sind angefordert.

Daß man auf die verschiedenen Erfahrungen von anderen, seit langen laufenden Anlagen zurückgreift, auch wenn es sich um andere technische Verfahren der Wiederaufbereitung handelt, bedarf bei der Kompliziertheit eines solchen Vorganges keiner Kommentierung. (-/19.4.1977/bqy/lo)

+ + +

Sicherheitsschutz ist keine Privatangelegenheit

Verzichtserklärungen sollten künftig nicht mehr möglich sein

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Das Attentat, dem Generalbundesanwalt Buback und sein Fahrer sowie ein Sicherheitsbeamter zum Opfer gefallen sind, stellt in der blutigen Geschichte des Terrorismus in unserem Land den bisherigen Höhepunkt dar. Dennoch herrscht unter den demokratischen Kräften, die den Rechtsstaat tragen, leider keine Übereinstimmung darüber, wie der anarchistisch-kriminellen Herausforderung zu begegnen sei. Konservative Politiker äußern sich seit dem Gründonnerstag in einer Weise, die befürchten läßt, als wollten sie unveräußerliche Grundsätze eben des Rechtsstaates preisgeben, weil sie glauben, nur so Erfolge im Kampf gegen den Terror erzielen zu können. Es kann nicht deutlich und oft genug gesagt werden, daß es nur Vorwände für neue Anschläge geschaffen würden.

Man muß realistisch sehen, daß unserer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung weiterhin ernste Gefahren drohen. Ihnen kann nur durch Grundsatztreue einerseits und durch entschlossene Sicherheitsmaßnahmen andererseits begegnet werden. Die Sicherheit akut gefährdeter prominenter Politiker und Beamter besitzt dabei Vorrang.

Der ermordete Generalbundesanwalt Buback hat, wenn es zutreffend berichtet wird, nur zum Teil von jenen Sicherheitsvorkehrungen Gebrauch gemacht, die für ihn vorgesehen waren. Heute wissen wir, daß dieser Verzicht auf einer Unterschätzung der Gefahr beruhte. Der Anschlag hätte unter anderen Umständen möglicherweise verhindert werden können. Zu fragen

Ist auch, ob Dienstwagen für Persönlichkeiten vom Rang und von der Gefährdung des Generalbundesanwaltes nicht generell mit Panzerglasschutz ausgestattet sein sollten.

Die Lehre des Karlsruher Ereignisses müßte eine Regelung sein, die es hochgestellten und akut gefährdeten Politikern und Beamten verbietet, nach eigenem Ermessen auf den von den Sicherheitsbehörden als nötig erachteten Schutz ganz oder teilweise zu verzichten. Die genannten Persönlichkeiten sind eben nicht mehr nur Privatpersonen, sondern Repräsentanten des von den Terroristen bekämpften Staates. Nur als solche sind sie bedroht.

Ein Verzicht, wie er auch anderweitig nicht unüblich ist, kann im äußersten Fall nicht nur das Leben des Betroffenen selbst kosten. Er kann auch erhebliche politische Konsequenzen auslösen, die andernfalls vermieden worden wären. Und er kann - um auch dies zu erwähnen - zu beachtlichen finanziellen Folgen führen.

Nicht zuletzt erhöht sich durch eine Entscheidung, sich mit weniger Schutz zu begnügen, auch das Risiko der Mitarbeiter. Allein dieser Gesichtspunkt sollte dazu angetan sein, künftig Verzichtserklärungen unmöglich zu machen. Wer sich bereit findet, ein herausgehobenes Amt anzunehmen und auszufüllen, muß sich auch mit der Konsequenz abfinden, mit bestimmten Sicherheitsmaßnahmen zu leben, so unbequem sie sein mögen. Er ist es sich selbst schuldig, seinen Mitarbeitern und dem Staat und der Gesellschaft, denen er dient.

(-/19.4.1977/kr/ld)

+ + +